

Offener Brief an Friedrich Merz und Lars Klingbeil, Saskia Esken und Markus Söder

Sehr geehrter Herr Merz, sehr geehrter Herr Klingbeil, sehr geehrte Frau Esken,

mit diesem offenen Brief wenden wir uns an Sie und Ihre künftige Bundesregierung, da wir in dem vorliegenden Koalitionsvertrag trotz guter Ansätze für Gleichstellung noch erheblichen Handlungsbedarf sehen.

Zeitgleich mit dem offenen Brief werden wir die Inhalte auch als Pressemitteilung herausgeben.

Als positiv bewerten wir:

Fortführung der Ressorts übergreifenden Gleichstellungsstrategie
mehr Elterngeld
Mutterschutz für Selbstständige
höhere Strafen bei Gewalt an Frauen
Verschärfte Sanktionen für Unterhaltsverweigerer.

Kritisch sehen wir:

keine Abschaffung des Ehegattensplittings
keine Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen trotz klarer Empfehlungen der Expert*innenkommission und gesellschaftlicher Mehrheit
fehlendes Genderbudgeting
keine verbindliche Gesetzesfolgeabschätzung

Irritierend finden wir:

dass die Strafen bei Vergewaltigungen wesentlich höher ausfallen sollen, wenn sie von einer Gruppe begangen werden und wenn die Vergewaltigung eine Schwangerschaft nach sich zieht. Diese geplante Verschärfung der Strafen für Vergewaltigungen nur in bestimmten Konstellationen birgt die Gefahr, dass andere Fälle als weniger schwer bewertet werden. Eine Vergewaltigung ist Vergewaltigung und fügt einer Frau eine lebenslange Verletzung zu. Vergewaltigung muss ohne Unterschied wesentlich höher bestraft werden, als bisher.

Zu einzelnen Vorhaben:

Wir begrüßen Ihr Ziel, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranzutreiben. Dazu braucht es zügige und konkrete Maßnahmen, wie z.B. die flächendeckende Kinderbetreuung und Anreize für die gerechte Verteilung von Carearbeit.

Die Weiterführung des Ehegattensplittings steht diesem Ziel entgegen, denn sie ist gerade für eine gerechte Verteilung von Care-Arbeit nicht hilfreich und auch nicht mehr zeitgemäß. Das Ehegattensplitting belohnt und bestärkt die traditionelle Rollenverteilung: die Frau, die für Carearbeit zuständig ist und lediglich zum Familieneinkommen „dazuverdient“, und der vollerwerbstätige Ehemann, der das Geld nach Hause bringt. Je größer der

Einkommensunterschied, desto höher ist der finanzielle Vorteil, der mit dazu beiträgt, die traditionellen Rollenbilder zu manifestieren.

Mit Sorge sehen wir fehlende Vereinbarungen im Umweltschutz. Die Klimakatastrophe ist die schlimmste Bedrohung unserer Zukunft. Schon jetzt spüren wir auch hier die Folgen. Weltweit, aber auch in Deutschland, sind vor allem Frauen, die Leidtragenden- das zeigt der 4. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Klimaschutz ist Gleichstellungspolitik!

Die restriktive Asyl- und Migrationspolitik, insbesondere die Aussetzung des Familiennachzugs, verschärft die Lage für Frauen und Kinder in unsicheren Lebensverhältnissen und erschwert Integration. Außerdem werden Fluchtwege für Frauen werden so noch unsicherer.

Die fehlende Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs bleibt ein schwerwiegendes Defizit. Das ist bitter, da Frauen weiterhin die Entscheidung über den eigenen Körper und damit das Recht auf Selbstbestimmung genommen wird. Dies widerspricht den Empfehlungen der Expert*innenkommission und dem Wunsch der Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die zu 75 % eine Neuregelung des § 218 außerhalb des Strafgesetzbuches befürwortet.

Unser Appell an die Damen und Herren der zukünftigen

Bundesregierung:

Setzen Sie ein klares Zeichen für eine Gleichstellungspolitik, die Schutz vor Gewalt, ökonomische Unabhängigkeit, einer gerechten Verteilung der Care-Arbeit Parität in Politik und öffentlichen Ämtern umfasst.

Mädchen und Frauen sind die Hälfte der Bevölkerung und werden Ihre Politik auch an Gleichstellungsthemen messen- denn Gleichstellung bedeutet Demokratie!

Mit freundlichen Grüßen

Tinka Frahm und Katrin Brüninghold
Bundessprecherinnen